

Präsidium des Studierendenparlaments der RWTH Aachen

AStA der RWTH Aachen

Pontwall 3

52064 Aachen

10.12.2025, Aachen

Dringlichkeitsantrag: Schutzmaßnahmen für das GSP und Konsequenzen nach dem rechtsextremen Angriff/Einschüchterungsversuch

Das Studierendenparlament möge folgendes beschließen:

„Der StuPa-Präsident wird mit sofortiger Wirkung aus seinem Amt enthoben.

Für die Übergangsphase übernimmt ein kommissarisches Präsidium, bestehend aus der stellvertretenden Stupa-Präsidentin oder – falls nötig – weitere vom StuPa gewählten Mitgliedern, die Amtsgeschäfte.

Zugangsbeschränkung zu den AStA-/GSP-Arbeitsräumen

Basierend auf den Schutzpflichten nach § 7 und § 11 der AStA-GO sowie der Gesamtverantwortung des StuPa für die Funktionsfähigkeit seiner Organe wird dem bisherigen StuPa-Präsidenten der Zugang zu den Räumen des AStA untersagt.

Dies ist erforderlich, um:

- **ein diskriminierungsfreies Arbeitsumfeld sicherzustellen,**
- **weitere Eskalationen zu verhindern,**
- **und die Funktionsfähigkeit des GSP zu gewährleisten.**

Das StuPa stellt sicher, dass der AStA das GSP gemäß § 7 und § 11 AStA-GO bis zur vollständigen Aufarbeitung der Vorfälle:

- **in sicheren, diskriminierungsfreien Räumen arbeiten kann,**
- **Ausweichräume erhält (falls erforderlich),**
- **Priorisierung bei Schutz- und Sicherheitsanliegen erhält.**

Außerdem weist das Studierendenparlament den AStA an, rechtliche Schritte zu prüfen und nach Abschluss dieser Prüfung Strafanzeige wegen des Angriffs zu erstatten, um die Mitglieder*innen des GSP bestmöglich zu schützen und diese Angriffe nicht unbeantwortet zu lassen.

Darüber hinaus weist das Studierendenparlament den AStA an im Rahmen der politischen Bildung über die rechtsextreme Organisation der sog. "Graue Wölfe" in Form von Veranstaltungen und ähnliches aufzuklären."

1. Dringlichkeitsbegründung (§ 9 Abs. 1 GO)

In den vom AStA genutzten Räumen, die auch Arbeitsräume des Gleichstellungsprojekts (GSP) darstellen, kam es in der vergangenen Woche zu mehreren schwerwiegenden Vorfällen:

1. **Wiederholte diskriminierende bzw. abwertende Äußerungen** gegenüber Mitarbeitenden des GSP und marginalisierte Gruppen im gemeinsamen Arbeitsumfeld.
2. **Eine schriftliche Notiz auf dem Arbeitsplatz einer GSP-Mitarbeitenden wurde gefunden**, die
 - o eindeutige faschistische Symboliken, die der sog. „Graue Wölfe“ zugeordnet werden können:
 - Post-It mit der Aufschrift „Bozkurt“ (Grauer Wolf ins dt. übersetzt)
 - „Üç Hilal“ („drei Halbmonde“) – die Flagge mit den drei Halbmonden, diente im Osmanischen Reich unter anderem als Kriegsflagge und ist heutzutage das Parteilogo der nationalistischen türkischen „Partei der Nationalistischen Bewegung“ (MHP), die als Urorganisation der „Ülkücü“-Bewegung gilt und in Deutschland durch die ADÜTDF vertreten wird.
 - Skizze eines Grauen Wolfes
 - o ein „Hangman“-Symbol darstellte, welches von Betroffenen in Kombination mit den o.g. faschistischen Symboliken als **bedrohlich** gewertet wird
3. Die unmittelbare räumliche Nähe zwischen dem StuPa-Präsidenten und dem GSP schafft seit den Vorfällen eine **anhaltende und nicht erträgliche Belastungssituation (für die Menschen im GSP)**, die die **Arbeitsfähigkeit des GSP beeinträchtigt**.

Diese Lage betrifft zentrale Verpflichtungen des Präsidiums, insbesondere die **unparteiische Amtsführung (§ 18 Abs. 2 GO)** und siehe **Ordnungsmaßnahmen (§ 20 GO)**.

Da die Vorfälle **fortbestehen**, das GSP weiterhin in denselben Räumen arbeitet ist eine Behandlung in einer späteren Sitzung **unzumutbar**.

Eine sofortige Befassung ist daher zwingend notwendig, **um weitere Eskalation zu verhindern und die Arbeitsfähigkeit des GSP sicherzustellen**.

Begründung des Antrages:

Kleiner Einschub, um die Brisanz dieses rechtsextremen Angriffs zu verstehen:

Wer sind die sog. „Grauen Wölfe“ überhaupt?

Die sog. „Grauen Wölfe“ ist eine rechtsextreme Organisation in Deutschland, die aus der faschistischen „Ülküçü“-Bewegung aus der Türkei hervorgegangen sind. Ihre Mitglieder werden umgangssprachlich als „Graue Wölfe“ (auf Türkisch „Bozkurtlar“) bezeichnet. Jene Bezeichnung, die sich auch auf dem o.g Post-it wiederfindet.

Die Ideologie der rechtsextremen türkischen „Ülküçü“-Bewegung fußt auf einer ultranationalistischen, rassistischen und antisemitischen Ideologie sowie der rechtsextremistischen Ideologie des Turanismus, die aus dem Panturkismus hervorgeht.

Der Panturkismus basiert auf der Idee eines ethnisch homogenen Ursprungs aller „Turkvölker“, verbunden mit dem Bestreben, diese in einer gemeinsamen Heimat unter Führung der Türken zu vereinen. Das gemeinsame Reich soll die Bezeichnung „Turan“ tragen. Je nach Auffassung könnte sich dieses vom Balkan bis nach Westchina oder Japan erstrecken.

Unter Franz von Papen, im Nationalsozialismus Reichsbotschafter in der Türkei, förderten die Nazis faschistische türkische Bewegungen. Sie zeigten großes Interesse an den turanistischen Kreisen, die ihrerseits von der NS-Ideologie begeistert waren. Ziel der Zusammenarbeit mit turanistischen Kreisen war, die Türkei in der Balkan- und Nahost-Politik an die Seite Hitler-Deutschlands zu bringen. Mit Unterstützung Nazi-Deutschlands blühte ab den 1930er Jahren der Turanismus erneut auf, deren Anhänger insbesondere in der Vereinigung Türk Ocağı (Heim der Türken) organisiert waren. Bereits 1934 kam es in der Türkei auch zu Progromen gegen Juden.

Seit Jahrzehnten sind die sog. „Grauen Wölfe“ zudem für Hunderte von politischen Morden gegen kurdische, alevitische, armenische, jüdische und türkische Intellektuelle, Oppositionelle und Arbeiter:innen verantwortlich, die sich für eine antifaschistische, weltoffene und demokratische Gesellschaft einsetzen. Es gab auch Massaker wie etwa gegen die Aleviten in Maraş. Das Pogrom in Sivas 1993, bei der 35 alevitische Intellektuelle durch einen Brandanschlag von türkischen Islamisten und Rechtsextremen, getötet wurden.

Als SDS haben wir mehrfach darauf hingewiesen, dass aus den Reihen der Funktionalen eine politische Nähe zu den rechtsextremen/faschistischen Grauen Wölfen sowie zu nationalistischen Positionen besteht. So fungierte eine Person als Wahlbeobachter*in in einem türkischen Konsulat für die İYİ Parti, die aus der Spaltung der rechtsextremen/faschistischen MHP hervorgegangen ist. Die gleiche Partei wird auch in der hinterlegten Notiz, die das GSP in ihren Arbeitsräumen gefunden hat, erwähnt. Außerdem gab es Relativierungen des Wolfsgrußes der Grauen Wölfe über Social Media durch eine Person aus den Reihen der Funktionalen, nachdem während des Fußballspiels Türkei–Österreich der türkische Fußballspieler Merih Demiral den faschistischen Wolfsgruß gezeigt hatte.

Angesichts dessen würden wir auch auf die Veranstaltung "Asadur: Die Suche nach verlorener Identität" aufmerksam machen:

Im vergangenen Oktober veranstalteten das Referat für politische Bildung, die Antirassismusstelle sowie die Gemeinschaft kurdischer Studierender eine Filmvorführung zu den Folgen des armenischen Genozids. Gezeigt wurde ein Dokumentarfilm über Asadur, einen älteren armenischen Mann, der an die Orte seiner Kindheit zurückkehrt und schildert, wie der Genozid und der antiarmenische Rassismus seine Familiengeschichte geprägt haben – stellvertretend für viele Nachfahr:innen der Überlebenden.

Auf die Ankündigung der Veranstaltung folgte Kritik eines Mitglieds von Funk. Darin wurde die Veranstaltung als „anstößig“ und „politisch kontrovers“ bezeichnet. Als Argument wurde eingebracht, dass bei einem solchen Thema „beide Perspektiven die gleichen Gelegenheiten“ zur Darstellung erhalten müssen und ohne eine solche vermeintliche Ausgewogenheit verstöße die Veranstaltung gegen politische Neutralität. Zudem wurde der Vorwurf erhoben, die Veranstaltung sei „antitürkisch“ und richte sich gegen türkische Studierende - unter anderem mit dem Hinweis, dass „2000+ türkische Studierende“ angeblich eine Veranstaltung mitfinanzieren müssten, die gegen sie gerichtet sei.

Das ist eine tradierte Vorgehensweise, die man so von den sog. „Grauen Wölfen“ kennt. Die Leugnung und Relativierung des Genozids an den Armenier:innen sowie die Diskreditierung von Veranstaltungen, die diesen Völkermord thematisieren. Der Völkermord an den Armenier:innen im Jahr 1915 ist in der internationalen Forschung umfassend dokumentiert und wird seit vielen Jahren von zahlreichen Staaten und Institutionen anerkannt. Es handelt sich daher nicht um eine bloße „kontroverse Sichtweise“ oder um eine offene Debatte, sondern um eine historisch gesicherte Tatsache. Auf einen Genozid gibt es keine zwei gleichwertigen Perspektiven. Leugnungserzählungen Raum zu geben, bedeutet Geschichtsrevisionismus, der wissenschaftlichen Erkenntnisse relativieren würden.

Die Unterstellungen in der Kritik an der Veranstaltung sind haltlos und stellen eine Diffamierung dar, die auf der willkürlichen Repressionslogik der türkischen Regierung basiert. Wer solche Vorwürfe unreflektiert wiederholt, übernimmt die Narrative eines autoritären Regimes und trägt aktiv zur Kriminalisierung kritischer Stimmen bei.

Ein offener und kritischer Austausch wäre wichtig gewesen. Dass dieser nicht zustande kam, lag nicht an den Veranstalter:innen, sondern an ausbleibenden Rückmeldungen und widersprüchlichem Kommunikationsverhalten auf Seiten von Funk.

Als vor einigen Tagen die bereits erwähnte Notiz auftauchte, auf der Symbole der faschistischen „Graue Wölfe“ in Kombination mit der „Hang-man“ Skizze abgebildet waren, fiel dabei besonders, dass diese Notiz auf dem Platz einer kurdischen Kommilitonin lag, die die Veranstaltung zu „Asadur“ mitorganisiert hat.

Angesichts des Gesamtzusammenhangs liegt es nahe, dass der Vorfall im Zusammenhang mit der Veranstaltung stehen könnte. Die Gruppe hatte bereits zuvor Kritik geäußert, die eine Ablehnung der Veranstaltung aufwies und Einfluss auf die Durchführung zu nehmen versuchte. In diesem Kontext kann nicht ausgeschlossen werden, dass das Auftauchen entsprechender Symboliken im Umfeld der Beteiligten Ausdruck eines Versuchs war, nachträglich einzuschüchtern und Druck auszuüben. Zudem muss angemerkt werden, dass Sympathisant:innen und Anhänger:innen der „Grauen Wölfe“ die Existenz und Lebensrealität armenischer Menschen leugnen. Antiarmenischer Rassismus, der sich unter anderem in dem Versuch zeigt, eine solche Veranstaltung zu verhindern, ist sowohl historisch als auch gegenwärtig ein zentraler Bestandteil des Weltbildes der „Grauen Wölfe“.

Ein StuPa-Präsident, der kein Problem damit hat, in einer Liste aktiv zu sein, die nicht nur den faschistischen Wolfsgruß relativiert, sondern in der auch in der Vergangenheit sexistische Äußerungen getätigt wurden und der sich selbst abwertend gegenüber dem GSP äußert – man würde „das GSP in den Keller stecken“ –, ist für die Studierendenschaft als StuPa-Präsident nicht tragbar und muss aus diesem Amt enthoben werden.

Wir fordern insbesondere die GHG, die Juso HSG sowie weitere MdSP, die sich für eine weltoffene und antifaschistische Studierendenschaft einsetzen, dazu auf, sich diesem Antrag anzuschließen.

Für Rückfragen stehen wir jederzeit zur Verfügung.

Bastian Leitz (SDS Aachen), Azra Bingöl (SDS Aachen), Aras Osso (SDS Aachen), Mridula Srikant (SDS Aachen), Baran Yenen (SDS Aachen), Hêlin Ayalp, Şilan Tüysüz, Şevval Budancamanak, Rojda Ariduru, Mehdi Vassigh,